

Unmenschlicher Umgang

Statt eines klaren Votums zur Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aus Lagern auf griechischen Inseln, üben sich die Regierungsparteien in Hamburg in Betroffenheitsrhetorik und im Verstecken hinter der Bundesregierung

Ganz vorn, in seinem ersten Artikel, hat unser Grundgesetz die Menschenwürde als unantastbare Grundlage herausgestellt. Damit wird sie zu einer Eigenschaft erklärt, die jeder Mensch unverlierbar besitzt.

Für die darauf vereidigte Bundesregierung ist es eine humanitäre, politische und moralische Bankrotterklärung, aufnahmewilligen Ländern, Kommunen und Städten zu verweigern, noch nicht einmal 4000 unbegleitete Kinder und Jugendliche nach Deutschland zu holen, die in hoffnungslos überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, in unglaublichem Elend, voller Grauen und Verzweiflung dahingervegetieren.

Angesichts dessen, dass sich ein Teil der Kinder noch nicht einmal mehr in Lagern befindet, sondern in Zelten vor Stacheldrahtzäunen haust, unter Planen im Schlamm und Morast versinkt, zeugen die Abwehrreflexe aus Regierungskreisen von einer Kälte und Brutalität, die im krasen Gegensatz zum Selbstverständnis Deutschlands als einer den Menschenrechten verpflichteten Wertegemeinschaft stehen.

Verlautbarungen der Bundesregierung, natürlich sei es ihr ein Anliegen, „die Lebenssituation der Menschen vor Ort, auch der Kinder, zu verbessern“ und das Wehklagen aus dem Innenministerium, die Zustände auf den griechischen Inseln seien „so nicht tragbar und nicht akzeptabel“, entlarven sich somit als bloße Betroffenheitsrhetorik.

Deutschland und die anderen

europäischen Regierungen vergehen sich gegenüber Kindern, die ja nicht selbstbestimmt handeln können, in unvorstellbarem Ausmaß an Werten der Humanität und Menschlichkeit. „Die europäischen Regierungen“, so Heribert Prantl auf NDR Info, „sind nicht viel besser als König Herodes in biblischen Zeiten, der die Kinder hat umbringen lassen.“ Wohl wahr.

Und Hamburg?

Nach Selbstbeschreibung seiner politischen Entscheidungsträger eine Stadt der Weltoffenheit, kultureller Grundwerte und Humanität! Tatsächlich ist es ein einziger Verrat an diesem Wertefundament, wie sich Senat und die ihn tragenden Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen zu der Forderung verhalten, wenigstens die Kinder von den griechischen Inseln zu holen.

Nicht nur, dass Hamburg keinerlei Bereitschaft zeigt, zusammen mit anderen Bundesländern, Kommunen und Städten wenigstens bei der Aufnahme Minderjähriger – einmal! – mit voranzugehen. Mit ihrer Mehrheit sorgten die Fraktionen von SPD und Grünen dafür, dass Anfang Dezember 2019 ein Antrag der Linksfraktion in der Bürgerschaft abgelehnt wurde, 70 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen.

Stattdessen beschlossen sie einen eigenen Antrag mit einer ausgesprochen heuchlerischen Note. Letztlich nämlich enthielt er nichts anderes als die Auffor-

derung an den Senat, er möge auf die Bundesregierung einwirken, auf den Inseln des Elends den UNHCR dabei zu unterstützen, das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik zu kaschieren. Es ist eine perfide Logik, dass sich Hamburg selbst mit diesem Beschluss zu gar nichts verpflichtet hat und dabei sogar noch Abwehrnationalismus bedient.

Besonders auffallend in der Debatte über die Flüchtlingskinder ist die Zurückhaltung der Hamburger Grünen im Bürgerschaftswahlkampf. Ihr Auftreten passt so gar nicht zu Robert Habecks Zwischenruf. Zu Recht haben die Hamburger Grünen bislang immer betont, dass Menschen kein menschengemäßes Leben führen können, solange sie nicht vor verschiedenen Formen von Unterdrückung und Entbehrung geschützt werden. Sie verlieren jede Glaubwürdigkeit, wenn sie jetzt an der Seite der SPD sogar einen Abwehrkrieg gegen minderjährige unbegleitete Flüchtlinge führen.

Die Haltung von SPD und Grünen ist umso unverständlicher, als nicht ansatzweise die Rede davon sein kann, dass Flüchtlinge Hamburg überrennen. In den Jahren 2015 und 2016 blieben von den Geflüchteten, die in Hamburg ankamen, jeweils zwischen 22.000 und 23.000 in der Stadt. Im Jahr 2018 waren es noch nicht einmal mehr 5.000, die in Hamburg blieben. 2019 waren es wohl noch weniger. Die Zahlen kenne ich noch nicht.

Ein Hamburg, das angesichts dieser Entwicklung selbst Kindern den Schutz vor unmenschlichen Lebensformen verweigert, ist ein Hamburg der brutalen Unbarmherzigkeit. Die Parteien, die das zu verantworten haben, haben ihr menschenrechtliches Fundament zerstört.

Es bleibt zerstört auch nach dem Schwenk, den SPD und Grüne inzwischen notgedrungen vollzogen haben. Penibel hatten sie in einem Beschluss im Dezember darauf geachtet, Hamburg selbst von jeder finanziellen Verpflichtung freizuhalten. Eine Bereitschaft, das elende Schicksal von Kindern und Jugendlichen durch die Aufnahme auch in Hamburg zu beenden, hatten sie in ihrem Antrag mit keinem einzigen Wort auch nur angedeutet.

Nachdem ihnen daraufhin der öffentliche Wind immer schärfer ins Gesicht blies, verhinderten die Regierungsfractionen noch Mitte Januar durch filibustern eine Debatte in der Bürgerschaft über die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in Hamburg. In einer Pressemitteilung am Rande dieser Sitzung erklärten sie dann plötzlich doch ihre Bereitschaft zur Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge. Erneut vermieden sie es, sich zu irgendetwas zu verpflichten. Zur Zahl und zum Zeitpunkt der Aufnahme wieder kein konkretes Wort. Umso wortreicher waren die Erklärungen, das Thema sei im Bund zu bewegen. Seehofer müsse seine Haltung überdenken und Hamburg werde sich weiter darum bemühen, zu einer ganzheitlichen europäischen Lösung zu kommen.

Die Linie der Unverbindlichkeit behielten SPD und Grüne selbst dann noch bei, als sie Ende Januar gemeinsam einen weiteren Bürgerschaftsantrag

einbrachten. Konkreter als den Senat zu ersuchen, „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, aktuell minderjährige Geflüchtete aus Griechenland in Deutschland und damit auch in Hamburg aufzunehmen“, wurde es nicht. Wie gehabt, wurden Zuständigkeit und Verantwortung des Bundes derart groß und die eigenen Möglichkeiten entsprechend klein beschrieben, dass man zu fragen versucht ist, ob in Hamburg die SPD gar nicht weiß, dass sie in Berlin Teil der Bundesregierung ist und mit Peter Tschentschers Vorgänger im Amt des Ersten Bürgermeisters sogar den Vizekanzler und Finanzminister stellt.



Das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ hat die bisherigen „Anstrengungen“ von Senat und Regierungsfractionen zur Rettung von Kindern und Jugendlichen in höchster Not in einem Offenen Brief an den Ersten Bürgermeister heftig angegriffen. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anjes Tjarks, hat den Brief „im Ton extrem deplatziert“ befunden und die Grüne Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller ihn „als völlig

danebenliegend“ attackiert.

Deplatziert und danebenliegend sind Strategie und Haltung der Regierungskoalition von SPD und Grünen; sie sind unmoralisch und missachten Menschenrechte. Warum?

Es gibt Elendslager auf griechischen Inseln mit so katastrophalen Überlebensbedingungen für Kinder und Jugendliche, dass es vordringlich nicht „nur“ darum geht, sie nach Hamburg zu holen, damit sie wieder human leben können. Damit ihr Leben human sein kann, ist es erst einmal erforderlich, dass es überhaupt sein kann.

Das Martyrium der Kinder und Jugendlichen in den Lagern auf den Inseln besteht jetzt. Da ist es für eine Landesregierung einfach viel zu wenig, gebetsmühlenartig zu wiederholen, „wir haben beschlossen auf die Bundesregierung zuzugehen und anzumelden, dass Hamburg auch bereit ist, Kinder aus den Flüchtlingslagern aus Griechenland aufzunehmen“; (Anjes Tjarks in einer E-Mail v. 30.1.20).

Oder: „Eine verantwortungsvolle Lösung kann nur über die Bundesregierung und eine Initiative auf europäischer Ebene gelingen.“ (Dirk Kienscherf, SPD-Fraktionsvorsitzender; Pressemitteilung v. 15.1.20).

Zum Warten der Bundesregierung auf eine europäische Lösung noch einmal Heribert Prantl: „Es ist ein inhumanes, es ist ein tödliches, es ist ein kriminelles Warten.“ Und was ist dann Hamburgs Warten auf die Bundesregierung?

HERBERT ANKENBRAND